



Budapestre vonatkozó ujság

Osztályozás

389.6

Szerző:

Cím: Die Finanzlage der Haupt-
Stadt.

Hely

Idő

"1908"

Forrás:

Neues Pester Journal

Személy

Bp.

1908. X. 18.

(Hely)

(Idő)

(Köt. v. füz.) ((

Die Finanzlage der Hauptstadt.

Von einem Stadtrepräsentanten.

Nach verschiedenen Fährnissen und langem Zögern hat das Abgeordnetenhaus endlich gestern den Gesetzentwurf über die Entwicklung der Hauptstadt angenommen. Diese Vorlage könnte füglich den Titel „Gesetzentwurf über die Sanirung der hauptstädtischen Finanzen“ führen. Eine solche Bedeutung kommt ihm nämlich durch seine wohlthätige Wirkung auf die Gestaltung des hauptstädtischen Haushaltes zu. Die durch den Entwurf der Hauptstadt zufallende Unterstützung beträgt jährlich rund 1.9 Millionen Kronen. In diese beträchtliche Summe verbessert sich die Bilanz des hauptstädtischen Budgets mit einem Schlag und für die Dauer.

Dieser ansehnliche staatliche Beitrag ist bereits im Präliminare der Hauptstadt pro 1909 in sehr wirksamer Weise zum Ausdruck. Laut diesem Voranschlag schwindet das budgetmäßige Defizit des laufenden Jahres von rund 1.8 Millionen Kronen nahezu gänzlich. Wohl ist nach dem von der Finanzsektion ausgearbeiteten Budgetentwurfe noch ein Defizit von 175,000 Kronen vorhanden, was fast dem zehnten Theile des Abganges pro 1908 gleichkommt, doch hat der Magistrat auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege der Abstriche auch dieses verhältnismäßig geringe Defizit aus der Welt geschafft.

Die erstaunliche Wendung zum Bessern im Haushalte der Haupt- und Residenzstadt ist allerdings nur zum Theile der stark angewachsenen staatlichen Beitragsleistung zuzuschreiben. Es bedurfte noch eines herabhaften Anziehens der Steuer-

schraube, um die Einnahmen der Hauptstadt in solchem Maße zu heben, daß das Gleichgewicht des Budgets hergestellt sei. Die Erhöhung der Kommunalsteuereinzugschlüsse, welche in diesem Jahre nach langem Kampfe durchgeführt wurde, mußte eintreten, damit für den rapid anwachsenden Bedarf Deckung gefunden werden könne.

Es wäre jedoch eine verhängnisvolle Leichtfertigkeit, die Finanzen der Hauptstadt durch diese beiden allerdings ansehnlichen Mehreinnahmeposten als endgiltig geregelt zu betrachten. Denn selbst die bedeutende Erhöhung der ordentlichen Einnahmen um rund 2.8 Millionen Kronen, hervorgerufen durch die größere staatliche Unterstützung und die Erhöhung der Kommunalsteuer, vermochte den stets anwachsenden Bedarf des städtischen Haushaltes nicht völlig zu decken. Dieser Steigerung der Einnahmen steht doch eine sehr ansehnliche Vermehrung der Ausgaben gegenüber. So beträgt das Plus der ordentlichen Ausgaben laut dem Präliminarentwurfe der Finanzsektion 3.7 Millionen Kronen, woraus auf den ersten Blick ersichtlich ist, daß selbst die ungewöhnliche Steigerung der Einnahmen mit den stets größeren Ausgaben nicht Schritt halten kann. Die Gehaltsaufbesserung der Beamten allein erheischt Mehrausgaben im Betrage von 1.3 Millionen Kronen, wozu noch der größere Bedarf für Pensionen gerechnet werden muß.

Hätten wir uns nun diese rapide Expansion der Ausgaben vor Augen, so drängt sich unwillkürlich die Frage auf, wie lange diese Steigerung noch anhalten könne? Die bisherige Budgetierungsmethode, bei welcher die Defizite nur auf dem Papier durch fleißige Benützung des Nothlistes

ausgemerzt werden konnten, kann unmöglich die Dauer fortgesetzt werden. Die ganze Finanzkunft bestand bisher darin, daß die verschiedenen Foren: der Magistrat, dann die Finanzkommission, schließlich die Generalversammlung so lange an dem Ausgabe-Stat Kürzungen und Striche vornahmen, bis das Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen auf dem Papier hergestellt wurde. Das pulsirende Leben kümmerte sich aber um den Nothlist der Rechenkünstler blutwenig und erzwang sich seinen Bedarf, ob nun das mathematische Gleichgewicht vorhanden war oder nicht. Eine Kommune kann aber keine Finanzpolitik nicht nach dem Muster eines Privathaushalts einrichten, wo bekanntlich die Regel gilt: Jeder streckt nach der Decke. Im Haushalte des Staates und der Städte wird vorerst der Bedarf festgestellt und dann die Deckung für diesen Bedarf in der Höhe desselben ermittelt. Die Hauptstadt mit ihren vielfältig kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Missionen ist ebenfalls längst dem Zustande entwachsen, in welchem die Krämersparfamkeit als Devise der kommunalen Finanzpolitik gelten kann. Hier heißt es, organischen Wandel zu schaffen, dieser kann aber nur in einer systematischen Organisation der ganzen Administration in Verbindung mit der auf naturgemäßem Wege sich ergebenden Evolution der Einnahmen bestehen. Der Nothlist reicht da nicht mehr aus.

Den ersten Schritt dieser organischen Sanirung der städtischen Finanzen bildete die Erhöhung der Kommunalsteuer. Nun es ist aber evident, daß die Belastungsfähigkeit der Bürgerschaft Grenzen hat, die nicht überschritten wer-

den dürfen und können. Dieser Grenze sind wir aber durch die jüngste Kommunalsteuer-Erhöhung in sehr bedenkliche Nähe gerückt. Man kann nicht im Handumdrehen hintereinander Steuererhöhungen vornehmen. Die Hauptstadt ist also ausschließlich auf die Erhöhung ihrer Einnahmen durch die natürliche Entwicklung der Erwerbs- und Steuerfähigkeit ihrer Bürger angewiesen.

Aber auch auf eine baldige neuerliche Erhöhung des staatlichen Beitrags kann die Hauptstadt nicht rechnen. Aus der Vorbereitung des Gesetzentwurfes über die Entwicklung der Hauptstadt, sowie aus der parlamentarischen Verhandlung desselben konnte man ersehen, daß die Stimmung der Herren Landesväter keine günstige für unsere „kosmopolitische“ Hauptstadt ist, und daß man ihnen mit Gewalt abringen mußte, was sie nicht willig hergeben wollten. Es wäre also ein großer Fehler, die finanzielle Lage unserer Hauptstadt auf eine eventuelle staatliche Hilfeleistung zu basieren.

Hieraus ergibt sich aber von selbst, daß das momentan günstige Bild der städtischen Finanzen, wie es das Budget pro 1909 zeigt, für die Zukunft nichts weniger als verheißend angesehen werden kann. Dieses Gleichgewicht ist bekanntlich nur der Kletterin in der höchsten Noth, nämlich

der Staatshilfe, zu verdanken. Ob die Hilfe auch in Zukunft so nahe liegen werde, ist sehr zweifelhaft. Wir müssen sogar auf Grund der zwingenden Logik der Ziffern eher auf eine weitere Verschärfung der Finanzlage Budapests rechnen. Hierfür spricht erstens die erschreckende Zunahme der Ausgaben, welcher keinerlei natürliche Vermehrung der Einnahmen

gegenüber gestellt werden kann. Ueberdies ist bis Ende des Jahres 1910 die schwebende Schuld von 10 Millionen Kronen zurückzuzahlen. Schon dieser Posten allein ist geeignet, das schwer erreichte Gleichgewicht wieder zu stören. Und schließlich steht die Hauptstadt vor einer großen Investitions-Campagne. Es sollen öffentliche Betriebe abgelöst werden, und zwar durch Entrichtung einer großen Anleihe-Operation. Wie hoch sich die Anleihe summe stellen wird, ist noch nicht entschieden, laut dem Plane der betreffenden Sektionen würde aber die Durchführung des Investitionsprogramms mehr als 100 Millionen Kronen erheischen. Die Zinslast nach diesem Anleihekapital allein würde der Hauptstadt Neuausgaben von zumindest 4½ Millionen Kronen jährlich verursachen. Wohl würden durch diese Investitionen auch Neueinnahmen erzielt werden, es fragt sich aber, ob der Optimismus, mit dem man der häuslichen Verwaltung der abzulösenden Betriebe entgegensteht, sich als motiviert erweisen werde. Die Erfahrungen, die man bisher auf diesem Gebiete gemacht hat, sind für das Wagniß nicht sehr ermunternd.

Zieht man all diese Momente in Betracht, so hat man keine Ursache, die künftige Gestaltung der Finanzlage unserer Hauptstadt in rosigem Lichte zu sehen. Vielmehr müssen die Leiter unserer kommunalen Geschäfte vor Allem darüber ins Reine kommen, daß bei dem heutigen Stand der Dinge von einer Stabilisirung des Gleichgewichtes bei einer stetigen Zunahme der Ausgaben, insbesondere der Personalauslagen, keine Rede sein kann. Der jetzige Drangismus muß

also unbedingt für die wachsenden Bedürfnisse der Administration eine geraume Zeit hindurch genügen. Möge die Beamtschaft der Hauptstadt dennoch zur Erkenntniß dessen gelangen, daß man wohl bis hieher gehen konnte, weiter aber nicht. Die Anpassung der jetzigen Organisation an die höheren Anforderungen der künftigen Verwaltung bei Vermeidung jeder Steigerung der Personalausgaben ist das allererste Gebot einer umsichtigen Finanzpolitik unserer Hauptstadt. Sonst werden wir bald wieder das zweifelhafte Vergnügen des Wiedersehens unseres alten Bekannten, genannt Defizit, genießen können.